



Erhaltung und Wiederherstellung der ökologischen Durchgängigkeit der Bundeswasserstraßen

Grundsätzliches - Rechtlicher Rahmen und Handlungskonzeption

Barbara Schäfer (Referat WS 15) &
Dr. Dorothe Herpertz (Referat WS 14)

BMVBS-Veranstaltung
„Ökologische Durchgängigkeit und
Wasserwirtschaftliche Unterhaltung der
Bundeswasserstraßen“
Bonn, 17. und 18. Mai 2010



Wiederherstellung der ökologischen Durchgängigkeit – Verpflichtung aus der Wasserrahmenrichtlinie (WRRL)

Definition

- Definiert in Anhang V der WRRL
- Ein wesentliches Kriterium für den guten ökologischen Zustand / das gute ökologische Potential eines Fließgewässers
- Umfasst die Migration aquatischer Organismen und den Transport von Sedimenten

Rechtliche Verpflichtung

Mit der WRRL besteht nun die Verpflichtung, die ökologische Durchgängigkeit an Gewässern zu erhalten bzw., soweit dies für die Zielerreichung erforderlich ist, wieder herzustellen.

§ 34 WHG nimmt diese Verpflichtung ausdrücklich in das Bundesrecht auf.





Umsetzung in Deutsches Recht

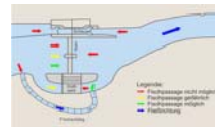
§ 34 WHG, Regelungsinhalt:

Neuerrichtung, wesentliche Änderung und Betrieb von Stauanlagen sind nur zulässig, wenn die ökologische Durchgängigkeit erhalten oder wiederhergestellt wird.

Bestehende Stauanlagen sind nachzurüsten.

Ausrichtung an den Zielen der WRRL:

- Keine eigene Definition der ökologischen Durchgängigkeit im nationalen Recht
- Konkretisierung durch Maßnahmenprogramme und Bewirtschaftungspläne



An Stauanlagen an Bundeswasserstraßen, die von der WSV errichtet oder betrieben werden, führt die WSV die erforderlichen Maßnahmen im Rahmen ihrer Zuständigkeit nach dem Bundeswasserstraßengesetz hoheitlich durch.



Die neue Rechtslage fügt sich in die bestehende Regelungssystematik ein:

WSV erkennt ihre Verantwortung für die Wiederherstellung der ökologischen Durchgängigkeit an.

Errichtung einer Stauanlage aus verkehrlichen Gründen ist Ursache für die Unterbrechung der ökologischen Durchgängigkeit.

WSV handelt in Folge ihrer verkehrlichen Verwaltungskompetenz auch bei der Wiederherstellung der ökologischen Durchgängigkeit hoheitlich.

WSV handelt eigenverantwortlich, entscheidet selbst über Prioritäten, ist unabhängig von Anordnungen der Wasserwirtschaftsbehörden.

WSV muss die Maßnahmen zur Wiederherstellung der ökologischen Durchgängigkeit aus ihrem Haushalt finanzieren.





Rechtsauffassung des BMVBS

Das Genehmigungsverfahren richtet sich nach Bundeswasserstraßengesetz - §§ 12 ff. WaStrG - einschließlich Einvernehmen zu Wasserwirtschaft und Landeskultur.

Die Fischwanderhilfe wird Zubehör der BWaStr nach § 1 Abs. 4 WaStrG.

Die WSV trägt die Verantwortung für die Sicherheit und Ordnung der Anlagen nach § 48 WaStrG.

Die technischen Regelwerke werden durch den Bund unter Beteiligung der Länder und Rückgriff auf bereits vorhandene Regelwerke (z. B. DWA Merkblätter) erarbeitet.



Klarstellende Regelungen zur ausdrücklichen Verankerung der neuen Aufgabe im WaStrG sind erforderlich.



Anerkennung als Ausgleichs- und Ersatzmaßnahme?

Als Realkompensation grundsätzlich möglich:

§ 15 Abs. 2 Satz 4 BNatSchG: „Maßnahmen in Maßnahmenprogrammen im Sinne des § 82 WHG stehen der Anerkennung ... nicht entgegen.“

§ 15 Abs. 3 Satz 2 BNatSchG: „es ist vorrangig zu prüfen, ob der Ausgleich oder Ersatz auch durch ... Maßnahmen zur Wiedervernetzung von Lebensräumen ...erbracht werden kann, ...“ – Begründung nennt ausdrücklich Fischtreppen.



Im Wege der Bevorratung oder Ersatzgeldzahlung nicht möglich:

§ 15 Abs. 6 Satz 6 BNatSchG: „Die Ersatzzahlung ist zweckgebunden für Maßnahmen ... zu verwenden, für die nicht bereits nach anderen Vorschriften eine rechtliche Verpflichtung besteht.“

§ 16 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG – Bevorratung von Kompensationsmaßnahmen setzt voraus, dass die Maßnahme ohne rechtliche Verpflichtung durchgeführt wurde.



Beteiligung von Ländern, Verbänden und Wasserkraftnutzern

Einvernehmen mit den Landesbehörden zu
Wasserwirtschaft und Landeskultur

Benehmen mit den Naturschutzbehörden

Beteiligung der Verbände im Planfeststellungsverfahren

Kooperation und vertragliche Regelungen mit den Nutzern
der Wasserkraft

- ➔ § 35 Abs. 1 WHG knüpft die Zulassung von
Wasserkraftnutzung an geeignete Maßnahmen
zum Schutz der Fischpopulation.
- ➔ § 23 Abs. 5 EEG knüpft die erhöhte Vergütung an
die Verbesserung der ökologischen Situation, u.
a. der ökologischen Durchgängigkeit.



Handlungsbedarf

Aus der neuen gesetzlichen Verantwortung seit dem 01.03.2010 leitet sich ein direkter
Handlungsbedarf für die Bundeswasserstraßenverwaltung ab.

Warum ist die ökologische Durchgängigkeit an den BWaStr von hoher Bedeutung?

Wasserstraßen vernetzen Lebensräume;
für wandernde Fischarten sind sie
Hauptverbindungsgewässer.

Für die WRRL-Zielerreichung ist die Wiederherstellung
der ökologischen Durchgängigkeit der meisten BWaStr
erforderlich.

Derzeit ist die ökologische Durchgängigkeit an den
Stautufen der WSV in der Regel nicht
ausreichend gegeben.





„Neulanderschließung 1“

- Von der Berücksichtigung zur aktiven Rolle

Bisher

Als Verkehrsverwaltung wurden *WRRL* und *Naturschutz* bei allen Maßnahmen an den Bundeswasserstraßen *berücksichtigt*.

Aber es war *keine originäre Aufgabe* der Verwaltung, sich um ökologische Zielstellungen zu kümmern.



Heute

Durch die neue gesetzliche Verpflichtung zur *Herstellung der Durchgängigkeit* an den BWaStr übernehmen wir *zusätzlich* eine *aktive Rolle* bei der *Umsetzung der WRRL*.



„Neulanderschließung 2“

- Fachkompetenz weiter entwickeln

Viele Informationen und Fachkenntnisse zur Durchgängigkeit sind vorhanden - innerhalb und außerhalb unserer Verwaltung.

Spezialfall „große Flüsse“

Für eine angemessene und effiziente Aufgabenumsetzung an den großen als Wasserstraßen genutzten Flüssen ist ein gezielter Ausbau bestehender Grundlagen, Kenntnisse und Regelwerke erforderlich.



© by Aquaplay

➤ Herausforderung und Chance „Durchgängigkeit BWaStr“:

- Enge Zusammenarbeit mit erfahrenen Fachstellen aus Land, Bund, Energiewirtschaft, Wissenschaft
- Effiziente und pragmatische Konzepte erstellen
- Fachliche Grundlagen generieren und zusammenführen





Hauptbausteine der BMVBS-Handlungskonzeption

Einordnung der neuen rechtlichen Verpflichtung in das **Portfolio** der Aufgaben und Verpflichtungen der **WSV** (BMVBS)

Frühjahr 2010

Priorisierungskonzept „Durchgängigkeit Bundeswasserstraßen“

Anfang 2011

1. Stufe: Erarbeitung biologisch-technischer Grundlagen (BfG/BAW)

Sommer 2010

**2. Stufe: Priorisierung von Maßnahmen (BMVBS)
– bundesweite Eckpunkte und Kriteriendefinition**

Frühjahr 2010

3. Stufe: Regionale Umsetzungskonzepte (WSV)

Ende 2010

Umsetzung erforderlicher Maßnahmen zur Herstellung der Durchgängigkeit an Staustufen der BWaStr – Planung, bauliche Umsetzung (WSDen, WSÄ / WNÄ – fachliche Begleitung BfG, BAW)

ab 2011;
Einzelne vorab

**Kommunikation und Vernetzung auf verschiedenen Ebenen
– Kooperation innerhalb und außerhalb des Ressorts
(BMVBS, WSV, BfG, BAW → BMU-Ressort, Länder, Wasserkraft ...)**

laufend



Zum Baustein „Priorisierungskonzept“

2. Stufe: Maßnahmenpriorisierung (BMVBS - flankierend WSV, BfG, BAW)
– Definition *bundesweiter* Eckpunkte und Kriterien für die zeitliche Reihung von Maßnahmen
→ Maßgeblich für die regionalen Umsetzungskonzepte (Stufe 3)

Hauptkriterien

- Grundlegende fachliche Empfehlungen von BfG & BAW
- Anstehende/laufende Maßnahmen an Querbauwerken aus verkehrlichen Gründen (Bsp. Neckar)
- Vorzusehende Maßnahmen zur Durchgängigkeit an BWaStr gemäß Bewirtschaftungsplanung nach WRRL
- Bestehende Vereinbarungen mit Dritten (ggf. vertragliche Verbindlichkeiten) (Bsp. Mosel und Neckar)
- Bestehende Vereinbarungen Dritter untereinander (WK, Länder, Kommunen etc.) (z.B. Lahn)
- Wirtschaftliche und haushalterische Möglichkeiten





Zum Baustein „Kommunikation und Vernetzung“

Abstimmungen innerhalb des Ressorts

- Erlasse, Veranstaltungen, AGs, Ansprechpartner Durchgängigkeit

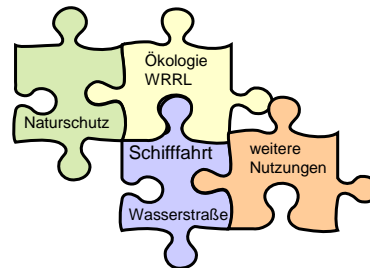
Abstimmungen mit den Verantwortlichen in Bund, Ländern/LAWA

- bilateral, Gremien, Veranstaltungen

Abstimmungen mit Energieerzeugern, und Interessenvertretern aus Umwelt- und Naturschutz, Fischerei und Schifffahrt

- bilateral, vor Ort, Veranstaltungen

- Kooperation kontinuierlich fortführen & vertiefen
- Klärungen rechtlich, fachlich, operativ
 - generell und Einzelfall –
 - durch/im Austausch herbeiführen



Kontakt:

Barbara.Schäfer@bmvs.bund.de T: 0228/300 99 4254

Dorothe.Herpertz@bmvs.bund.de T: 0228/300 99 4243

**Vielen Dank für
Ihre Aufmerksamkeit**